Leidenschaft darf da nicht entscheiden, wo es sich um das Geschick der Gesamtheit handelt. Sonst wird die Hand an der Kehle des Staates zur Gurgelabschneiderin.

Berlin, 8. Juli. Wenn auch der Eisenbahnerstreik vorläufig als beendet angesehen werden kann, so ist doch die Situation nach wie vor ernst. Die Kommunisten werden nicht ruhen, den Generalstreik, der diesmal gescheitert ist, doch noch in Gang zu setzen, um ihre politischen Ziele, zu denen er das Mittel bilden soll, zu erreichen. Die wirtschaftlichen Forderungen sind nur vorgeschoben, aber es wird damit so geschickt operiert, daß vielleicht in 14 Tagen schon eine Wiederaufnahme des Streiks erwartet werden kann. In Berlin treten jetzt auch die Gas- und Elektrizitätsarbeiter mit Lohnansprüchen hervor.

Belagerungszustand in Hannover.

Hannover, 9. Juli. Nachdem Dienstag morgen der Belagerungszustand über Hannover, Linden und Kleinhausen verhängt wurde, ist der Tag bisher ruhig verlaufen. Alle wichtigen öffentlichen Gebäude, vor allem der Bahnhof, das Generalkommando, das Polizeipräsidium sind durch Stacheldrahtverhaue abgesperrt. Den Schutz des Bahnhofs hat das aus Studenten bestehende Zeitfreiwilligen-Bataillon Nr. 1 übernommen. Truppen mit Stahlhelmen auf Lastautos mit Maschinengewehren durchfahren die Straßen. Bisher sind keine neuen Unruhen vorgekommen. Die persönliche Freiheit der Bevölkerung ist auf die Zeit von 4 Uhr morgens bis 11 Uhr abends beschränkt. Die Freiheit der Gewerkschaftsführer zur Besprechung mit der Arbeiterschaft soll in keiner Weise unterbunden werden.

Hannover, 8. Juli. Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden tätlich angegriffen. Es wurde versucht, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen. Nach den Gewaltakten zog eine Anzahl von Spartakisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf begab sich die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen, und schließlich nach dem Militärgerichtsgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Sie erzwang den Einlaß und befreite sämtliche Gefangenen. Die Gerichtsakten wurden in der Haller Straße verbrannt. Nunmehr begab sich der Mob nach dem Zellengefängnis, wo Reichswehrtruppen und Schutzleute ihnen entgegentraten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete erforderte. Schließlich ergriff die Menge die Flucht.

Kriegsgerichte in Hamburg.

Hamburg, 9. Juli. Durch Verordnung des Korps Lettow-Vorbeck sind für das Gebiet Hamburgs außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt worden, und zwar je eines bei den Landgerichten Hamburg und Altona und beim Amtsgericht in Hamburg. Die Kriegsgerichte sollen sich mit der schnellen Aburteilung der Vergehen vom 24. und 25. Juni befassen.

•

Die Ausstände in Schlesien und Elsaß-Lothringen.

Kattowitz, 8. Juli. Nach Mitteilung der Pressestelle ist der Ausstand erloschen auf Brandenburg-Grube. Er flaut auf Myslowitz-Grube ab. Dort streiken nur noch 30 Prozent. Im Rybniker Revier streiken heute die Gruben Anna, Emma, Römer, Richard, Donnersmarck und alle drei Schächte von Charlotten-Grube.

Kattowitz, 8. Juli. Auf dem Bahnhof Tarnowitz sind die Eisenbahner ausständig. Sie fordern höhere Lohnsätze und eine höhere Teuerungszulage. Verhandlungen sind sofort angeknüpft. Augenblicklich ist der Verkehr Tarnowitz—Oppeln, Tarnowitz—Kreuzburg und Tarnowitz—Beuthen gesperrt. Die Streikleitung tagt im Bahnhofsgebäude. Sie will für die Milchbeförderung Sorge tragen.

Bern, 8. Juli. Der Baseler Vorwärts erfährt aus Mülhausen, daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Kolmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in den elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben und im rheinischen Industriegebiet dauernd Ausstände herrschen und die gewerkschaftlichen Verbände Arbeiter und Angestellte zur Unterstützung der Ausständigen auffordern. Die französischen Gewerkschaftler hätten bisher keinerlei Geldunterstützung bewilligt und auf wiederholte Bitten geantwortet, sie hätten für Streikunterstützungen kein Geld. Infolgedessen sei der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung gefolgt.

Aus Koltschaks Reich.

Ueber die Lage Koltschaks, des von der Entente begünstigten Generals der Gegenrevolution, wird dem Vorwärts von informierter Seite geschrieben:

Sibirien stellt absolut keinen einheitlichen Staat dar, so wie dies im Sowjetrußland der Fall ist, sondern ist vollständig zerrissen durch eine Unmenge Republiken, von denen der größte Teil Sowjetrepubliken sind. Eine derartige Lage hat im Rücken der Koltschakarmee eine völlig unsichere Situation für die letztere geschaffen. Die Unmenge Republiken kämpft gegen die Regierung Koltschaks, es haben sich Guerillaabteilungen gebildet, die Vorstöße von den einzelnen weit ab von der Bahnstrecke gelegenen Republiken unternehmen; und zwar ist es verschiedenen solcher Abteilungen gelungen, des öfteren die Bahnstrecke zwischen Wladiwostok und Perm derartig zu gefährden, daß mitunter innerhalb vier Tagen keine Züge aus Ostsibirien in Tomsk eintreffen konnten; am schlimmsten ist die Eisenbahnstrecke zwischen Marinskaja und Irkutsk bedroht. Derartige Guerillaabteilungen verfolgen die Züge zwischen diesen Stationen, und zwar hat man beobachtet, daß innerhalb einer kurzen Zeit 14 Staffeln von militärischen Zügen von den Guerillas zum Entgleisen gebracht waren. Die Tomsker Zeitungen sind außerdem voller Nachrichten über Bauernaufstände im Kreise Bijsk und Barnaul. Die stärkste Sowjetrepublik in Sibirien dürfte wohl die von Blagoweschtschensk und Krasnojarsk sein. Zu dieser Republik gehören noch die Städte Aschinsk und Kansk. Diese Republik verfügt über eine regelrechte rote Armee, die eine beträchtliche Streitkraft darstellt und über Artillerie und moderne Kriegstechnik verfügt. Diese Republik wird von japanischen Truppen belagert und bekämpft. Japanische Zeitungen gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß sie bei den Kämpfen mit dieser Sowjetarmee Sibiriens amerikanische Soldaten gefangen nahmen. Als die siebente Uraldivision Koltschaks abgefertigt wurde, zerstreute sie sich unterwegs vollständig und ein geringer Teil, der an der Front eintraf, ging zur großrussischen roten Armee über.

Der Vormarsch der großrussischen Sowjetarmee dürfte die revolutionäre Gärung innerhalb Sibiriens zu immer stärkerem Ausbruch bringen. Alles dies ist natürlich den Führern der Entente nicht unbekannt und da sie sich selbst nicht genügend stark fühlen, nur gestützt auf ihre eigenen Kräfte, der ganzen revolutionären Bewegung in Sibirien Herr zu werden, zögern sie mit der Anerkennung Koltschaks.

Obschon auch Sowjetrußland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so sind diese doch ganz andrer Natur als diejenigen, mit denen die Regierung Koltschaks zu tun hat. Die Lage Koltschaks ist unendlich schwieriger und schwächer als die Sowjetrußlands. Aus diesem Grunde ist man fest überzeugt, daß seine Herrschaft über kurz oder lang zusammenbrechen muß. Mit diesem Tage wird dann Sowjetrußland vom Kampfe mit Ostrußland befreit sein, um alle seine freigewordenen Kräfte gegen Polen und die übrigen weißgardistischen Banden der Ententestaaten im Westen Rußlands zu werfen. Deren Ende wird dann ebenso katastrophal eintreten wie das unvermeidliche Ende Koltschaks.

Die Steuervorlage vor der Nationalversammlung

Weimar, 8. Juli.

Am Montag trat die Nationalversammlung in die

erste Beratung der Steuergesetze

ein in Verbindung mit der Interpellation Auer und Genossen (Soz.) betreffend steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger: Da ich die Ehre habe, das erstemal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Geständnis ab: zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschrocken, das erstemal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Verabredung der Reichskanzler am 5. November 1919 mich mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragte; es war vormittags 12 Uhr und abends 5 Uhr mußte ich abreisen mit unbekanntem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volk den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den zweiten politischen Schreck erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident zu meiner großen Ueberraschung mich aufforderte,

das Reichsfinanzministerium zu übernehmen.

Die Bedenkzeit war kurz; ich mußte ja sagen. Nachdem Erzberger eine grundlegende Finanzreform angekündigt hatte, fuhr er fort: Die Ratschläge auf

Annullierung der Kriegsanleihe

oder Verkündigung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsre Kriegsanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht worden. Von 89,1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 84,8 Millionen auf Zeichnungen unter 5000 M. Diese 90 v. H. ergaben 25 Milliarden Mark, rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Außer den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21,5 Milliarden gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte. Hierüber muß man sich klar sein, wenn man von der Einstellung der Zinszahlung spricht. Eine solche Maßnahme würde die schädigen, die dem Vaterlande in der höchsten Not geholfen haben. Die Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben, einmal würden sie große Einnahmen gehabt haben, und zweitens würden sie von der Annullierung nicht getroffen werden. Ehrene Pflicht ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird sie auch künftig bevorzugt werden bei Zahlungen gewisser Steuern und beim Kauf von Heeresgut. Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar. Das Kapitaleinkommen muß dabei eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen erfahren.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister. Solche Sozialisierung tut uns bitter not. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurde damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll. Ueber menschlicher Heroismus, unersetzliche Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anforderungen an die Moral, die Standhaftigkeit und den Idealismus auf der einen Seite, fieberhafte Profitgier, Schiebertum, Luxus und Korruption auf der andern Seite. An Warnungen hat es im Kriege nicht gefehlt. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamts, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige Vizekanzler und leichtfertigste aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, hat dieser Tage von den inneren Mächten der Zersetzung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruchs verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft. Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100 000 M. Vermögen 6000 M. Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, steht jetzt schlechter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 M. Einkommen hatte und jetzt 7800 M. Lohn bezieht.

Der große Steuersouverän der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein.

Dazu braucht das Reich ein neues System der Steuerordnung. Drei Steuergläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Krieg erhob das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden ungefähr 3 Milliarden. Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden, die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35 bis 40 v. H. für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70 bis 75 v. H. Die Einnahmen des Reichs müssen um 900 v. H. gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 v. H. Solche Riesenverschiebungen heischen neue Maßnahmen.

Können wir den Riesenbedarf der Zukunft aufbringen?

Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reichs scheidet sich künftig in a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen. Der erste Leitsatz ist: keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der sachgemäße

Abbau der Arbeitslosenunterstützung

ins Auge gefaßt werden: lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark beziffern darf? Die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Kriege betrugen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an den neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegssteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen Mark Einnahmen bringen und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Hinzusparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden Mark zu decken. Aber auch, wenn die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andre Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen. Wir haben übrigens Genossen im Unglück, und zwar nicht nur auf unsrer Seite, sondern auch auf der Gegenseite. (Es folgen längere Ausführungen über das englische und französische Budget.)

Eine freie Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld.

Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten flüssigen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

(Es folgen die schon bekannten Angaben über die eingebrachten Steuergesetzentwürfe.)

Neue Steuervorlagen werden kommen — teilweise noch in diesem Monat —, zu diesen rechne ich die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Unrechtigkeiten des Kriegs wieder gutzumachen suchen. Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden baldhaft der Nationalversammlung unterbreitet.

Eine dringende Bitte habe ich, erledigen Sie alle Ihnen zugegangenen und noch zugehenden Steuervorlagen vor den Ferien im Interesse des Reichs.

Einem Vorschlage des Aeltestenausschusses entsprechend, beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll.

Abg. Keil (M. Soz.): Die Rede, die wir hier gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuerlichen finanzpolitischen Fragen, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler. Sie ist zu spät gehalten worden. (Sehr gut!) Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seine Amtsvorgänger, die es versäumt haben, rechtzeitig an eine steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und des Besitzes heranzugehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hunderte von Milliarden sind in den fünf Monaten seit Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenzen geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwendet, jedenfalls aber dem steuerlichen Zugriff entzogen worden. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt worden ist, läßt leider die große und kühne Entschlußkraft vermissen, ohne die eine Lösung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiete nicht möglich ist.

Redner übt dann eine scharfe Kritik an der deutschen Kriegsfinanzpolitik, die ebenso verwerflich gewesen sei, wie die allgemeine Politik nach innen und nach außen. Herr Helfferich, dieser geniale Staatsmann, war in seiner großen Kriegsfinanzpolitik geradezu von einem ruchlosen Optimismus erfüllt. Nicht nur seine Kriegssteuerpolitik, sondern auch seine Kriegsanleihepolitik haben vollständig Schiffbruch gelitten. Sie haben es verschuldet, daß der Krieg 4½ Jahre dauerte und daß wir bei Ausbruch der Revolution 90 Milliarden Kriegsanleiheschulden und 50 Milliarden schwebende Schulden auf dem Buckel hatten. Schon Volksbeauftragten wollten neue Steuern, aber die Reichsfinanzminister Schiffer sowohl wie Dernburg haben recht lange auf sich warten lassen, und ihre Vorlagen kamen erst, als wir nicht mehr im Amte waren. Die Steuermoral ist tatsächlich geschwunden. Der Exekutor, und wenn es sein muß, der Staatsanwalt, müssen sie wiederbringen. Die Verschwendungswirtschaft, zu der die Verheerungen des Krieges und die Erschütterungen der gesamten Volkswirtschaft führten, macht es notwendig, daß jeder dem Volk zurückgibt, was er während des Krieges gewonnen hat. Ehe wir an die indirekten Steuern gehen, müssen wir erst wissen, wie das ganze Steuerwesen überhaupt in der Zukunft gestaltet werden soll. Allerdings werden wir um die ergänzenden Verbrauchssteuern nicht herumkommen. Das Reich kann auf die Einkommenbesteuerung nicht verzichten, aber im Reich, in den Einzelstaaten und in den Gemeinden muß nach einem einheitlichen Plan vorgegangen werden. Wir müssen überall Sparsamkeit üben. Der Luxus muß verschwinden, die ehrliche Arbeit muß geachtet werden. Die Steuergesetzgebung muß so sein, daß jeder im Volk überzeugt sein kann, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Staates ist. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Fastwick (Zentr.): Bei unsrer traurigen Finanzlage müssen wir uns mit aller Wucht auf unsere schaffende Kraft werfen. Die Parole muß sein: Arbeit. Die Arbeit, in den großen Werken vernünftig sozialisiert, muß die Grundlage für erspriesliche Leistungen geben. Ferner müssen wir sparen nicht nur im kleinen, sondern vor allem auch mit der Menschenkraft. Wir dürfen nichts vergeuden durch Müßiggang und Laster, namentlich nichts vergeuden an dem Leben unsrer Mütter und Kinder, denn das ist unsre große Kapitalanlage. (Beifall im Zentrum.) Die Vergnügungssteuer wird weiter auch auf Veranstaltungen gelegt, die, wie z. B. wissenschaftliche Darlegungen und Vorträge, bisher nicht zum Vergnügen gerechnet wurden. (Sehr richtig!) Anderseits scheint der Verfasser des Entwurfs Berlin nicht genau zu kennen, sonst wären beispielsweise auch die Glücksspielklubs mit erfaßt worden, von denen man doch nicht behaupten kann, daß sie der Erbauung dienen. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Schiffer (Dem.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe Keils wegen Verschleppung der Steuervorlagen und der daraus entstandenen Schuld an den dem Reich entgangenen großen Einnahmen. Er führt aus: Ich übernehme für meine Haltung die Verantwortung. Verwunderlich ist es, daß weder die in der Regierung sitzenden Fraktionsgenossen des sozialdemokratischen Redners, noch der jetzige Reichsfinanzminister, trotz der ihm eigenen Aktivität, gegen mich eingeschritten sind. Ich verweise darauf, daß die Besteuerung der Kriegsgewinne schon vor Ostern fertiggestellt war. Weshalb ist damals nicht verhandelt worden? Auch die Schuld der Nationalversammlung, die damals eine Pause eingelegt hat. (Zurufe links: Wir haben protestiert!) Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande habe ich alles getan, was zu machen war, und keinen brauchbaren Vorschlag gehört, der über meine eigenen Maßnahmen hinausgegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Oder sollte ich eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen? Es standen nicht einmal genügend Truppen zur Verfügung, um alle Posten zu besetzen, deren Besetzung ich verlangt hatte, abgesehen davon, daß ich nichts unternehmen konnte gegen die durch die Truppen geübten Durchstechereien und gegen die Flugzeuge, die über die Grenze flogen. (Lebhafte Zustimmung und Bewegung.) Welche schweren Bedenken der Abstempelung der Banknoten entgegenstanden, ist dem Abgeordneten Keil bekannt. Der Reichsfinanzminister hat recht, die erste Voraussetzung für einen Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens ist eine gesunde Finanzgebarung, und der erste Schritt dazu die Aufstellung eines grundlegenden, wohldurchdachten Steuersystems. Aber ich glaube, er betrachtet selbst diese Vorlage nicht als ein solches grundlegendes Steuersystem, denn was uns hier geboten wird, ist nichts andres als eine Zusammenstellung von höchst verschiedenartigen Steuergesetzen, die im Grunde genommen nichts weiter als eine Weiterführung und Ausgestaltung ist, vielleicht der Schlußstein in der früheren Finanzgebarung, die man allerdings ebenso wenig als Finanzmisere bezeichnen könnte. Auch fehlt bisher noch völlig eine genaue Aufstellung der Voraussetzungen, mit denen wir zu rechnen haben. Wir müssen genau, nicht bloß in runden Zahlen wissen, was wir schuldig sind. Wie unglücklich und ungeschickt die Staatsgebarung während des Krieges gewesen ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiete der Kriegsgewinnbesteuerung, die nunmehr durch zwei Gesetzentwürfe zum Abschluß gebracht werden soll. Daß man die beiden Gesetze vor ihrer Einbringung veröffentlicht und damit der öffentlichen Kritik preisgegeben hat, ist zu begrüßen und auch für die Zukunft zu wünschen. Der schwerste Vorwurf, der gegen das alte Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe zu erheben war, war der, daß dadurch nur das Vermögen, nicht auch das Einkommen herangezogen wurde. Erst nach schweren Kämpfen ist es 1918 gelungen, dem Bundesrat dieses Zugeständnis abzunötigen.

Die Höhe der Sätze gibt jedem Steuergesetz ein andres Gesicht, weil sie jeweilig das Wirtschaftsleben in Deutschland beeinflußt. Der Sparer darf nicht ebenso behandelt werden wie der Schieber und der Schleichhändler. Hüten wollen wir uns, daß die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190709/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG